

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Bau- und Vergabeausschuss führte seine 61. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 01.09.2010, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Bitterfeld, Weinbergstraße 22, Grundschule "Pestalozzi", Musikraum, von 18:00 Uhr bis 20:05 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Armin Schenk

Mitglied

Bernd Kosmehl

Dieter Krillwitz

Uwe Kröber

i. V. für Herrn Jens Tetzlaff

Dietmar Mengel

Mike Müller

Dr. Horst Sendner

Ortsbürgermeister/in

Ortschaft Greppin

Herr Schunke

Mitarbeiter der Verwaltung

Ute Dönnicke

Thomas Guffler

Stefan Hermann

Ulrich Hoffmann

Bernhild Neumann

Dirk Weber

abwesend:

Mitglied

Jens Tetzlaff

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Mittwoch, den 01.09.2010, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 18. August 2010	
4	Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 03-2010btf "Am Plan" im OT Bitterfeld, hier: Abwägungsbeschluss BE: FB Stadtentwicklung	Beschlussantrag 187-2010
5	Erteilung einer Ausnahme zum Bebauungsplan Nr. 1/97 "Betriebsareal C/West" für die Erweiterung der Indulor Chemie GmbH & Co KG, Produktionsgesellschaft Bitterfeld im OT Bitterfeld hier: Anlage zur Herstellung von Kunstharzen 20.000 t/Jahr BE: FB Stadtentwicklung	Beschlussantrag 190-2010
6	Sachstandsbericht zum Bahnhof Wolfen BE: FB Stadtentwicklung	
7	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
	Der Ausschussvorsitzende, Herr Schenk , eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.	
zu 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
	Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Der Ausschussvorsitzende bittet somit über die vorliegende Tagesordnung abzustimmen. Die Tagesordnung wird bestätigt. einstimmig beschlossen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
zu 3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 18. August 2010	
	Herr Hermann informiert zur gestellten Anfrage vom Ausschussvorsitzenden im TOP 9 bezüglich der Parkplatzsituation an der Grundschule „Erich-Weinert“, dass es nach Rücksprache mit dem zuständigen Bereich Überlegungen zu Lehrerparkplätzen gibt. Hierfür gibt es in der Nähe ein ungenutztes Privatgrundstück; derzeit finden hier noch Abstimmungen mit dem Eigentümer statt. Ein Ergebnis gibt es jedoch noch nicht. Die Anfrage von Herrn Dr. Sendner , ob die im 2. Satz auf der Seite 5 der Niederschrift stehende Breite von 3,25 m die Fahrbahnbreite ist, wird bejaht. Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass er von Frau Werzner (SBL Schule/Kita/Sport) eine Übersicht zu sicherheitstechnischen Überprüfungen der Spielplätze in Kindereinrichtungen und Grundschulen erhalten hat, welche der Niederschrift als <i>Anlage</i> beigefügt wird. Da es keine weiteren Hinweise zur Niederschrift gibt, lässt der Ausschussvorsitzende über diese abstimmen. Die Niederschrift wird genehmigt. mehrheitlich beschlossen	Ja 4 Nein 0 Enthaltung 3
zu 4	Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 03-2010btf "Am Plan" im OT Bitterfeld, hier: Abwägungsbeschluss BE: FB Stadtentwicklung	Beschlussantrag 187-2010
	Frau Dönnicke reicht das Abwägungsprotokoll in ergänzter Form an die Ausschussmitglieder aus. Sie teilt mit, dass „envia NETZ“ am 31.08.2010 noch eine Stellungnahme nachgereicht und der AZV „Westliche Mulde“ seine Stellungnahme noch geändert hat. Der Punkt 4 der Hinweise des AZV wurde in der Abwägung ergänzt; obgleich sich dieser hier nur vorsorglich auf die Begrenzung von zusätzlichen Anschlüssen von befestigten Flächen hingewiesen hat. Die Stellungnahme von „envia NETZ“ hat zur Folge, dass der Leitungskorridor in den B-Plan aufgenommen wird. Ausschussmitglied Dr. Sendner hinterfragt die Bedeutung der „punktuell ermittelten LHKW-Belastung“ in der Stellungnahme vom Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Weiter möchte er wissen, ob der „Fläminger Hof“ im Gebiet enthalten ist und ob der Eigentümer sich gemeldet hat. Frau Dönnicke antwortet, dass der „Fläminger Hof“ im Gebiet enthalten ist,	

	<p>eine Meldung des Eigentümers ist jedoch nicht erfolgt.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende fragt, ob es Einwände gibt, über die Abwägung en bloc abzustimmen. Es gibt keine Einwände. Somit verliert er den Antragsinhalt und bittet um Abstimmung.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 5	<p>Erteilung einer Ausnahme zum Bebauungsplan Nr. 1/97 "Betriebsareal C/West" für die Erweiterung der Indolor Chemie GmbH & Co KG, Produktionsgesellschaft Bitterfeld im OT Bitterfeld hier: Anlage zur Herstellung von Kunstharzen 20.000 t/Jahr BE: FB Stadtentwicklung</p>	<p>Beschlussantrag 190-2010</p>
	<p>Herr Weber erklärt, dass versäumt wurde, den Ortschaftsrat Bitterfeld vor dem Bau- und Vergabeausschuss zu hören. Die Anhörung würde noch entsprechend nachgeholt werden. Er geht auch nicht davon aus, dass es hierbei Probleme gibt.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass er an einer diesbezüglichen Beratung teilgenommen hat und bestätigt, dass zum Erreichen der Planungssicherheit eine gewisse Eile geboten ist.</p> <p>Ausschussmitglied Mengel unterstützt dieses Vorhaben. Er würde dem Ortschaftsrat die Verfahrensweise auch erläutern.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende setzt für die hiesige Beschlussfassung voraus, dass der Ortschaftsrat diesen Beschlussantrag in gleicher Weise behandelt und diesen empfiehlt. Zudem sollte die Verwaltung den Beschluss bis zur Beteiligung des Ortschaftsrates offiziell zurückhalten.</p> <p>Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, trägt der Ausschussvorsitzende den Antragsinhalt vor und lässt über diesen abstimmen.</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Bau- und Vergabeausschuss beschließt: Für die Standorterweiterung mit einer Anlage zur Herstellung von Kunstharzen der Indolor Chemie GmbH & Co KG Produktionsgesellschaft Bitterfeld wird gemäß Fremdkörperfestsetzung Nr. 1 der Ausnahme von den textlichen Festsetzungen, Punkt 1.01 „Art und Maß der baulichen Nutzung“, des Bebauungsplanes Nr. 1/97 „Betriebsareal C/West“ zugestimmt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 6	<p>Sachstandsbericht zum Bahnhof Wolfen BE: FB Stadtentwicklung</p>	
	<p>Herr Hermann reicht den Ausschussmitgliedern eine Unterlage zum Sachstandsbericht zur Nachnutzung des Bahnhofgebäudes im OT Wolfen aus. Er beginnt mit Ausführungen zur heutigen Planberatung zu den Baumaßnahmen am Bahnhof Wolfen. Hierzu teilt er mit, dass die Baumaßnahmen der Deutschen Bahn (DB) planmäßig verlaufen. In diesem Jahr wird die DB die Bahnsteige sanieren. Hierbei sollen auf jedem Bahnsteig zwei punktuell überdachte Wartebereiche entstehen. Die provisorische Zuwegung zum Bahnsteig 1, welche behindertengerecht gestaltet und für zwei Jahre in Betrieb genommen werden soll, wird noch hergestellt.</p> <p>Für das Einschieben der Tunnelteile wurde im Jahr 2009 eine Sperrpause von 3 Wochen beantragt. Das Eisenbahnbundesamt hat daraufhin für das Jahr 2012 eine Sperrpause von 6 Tagen genehmigt. Bis Mitte 2011 muss die Ausführungsplanung für diese Maßnahme vorliegen. Danach muss diese noch durch die Genehmigungsbehörden der Bahn bestätigt und entsprechende Ausschreibungen für die Umsetzung vorbereitet werden. Zudem ist aufgrund der kurzen Sperrpause bereits jetzt die Technologie für den Einschub des</p>	

Tunnels festzulegen. Hierzu gehört u. a. auch die Festlegung, an welcher Stelle und in welcher Größe die entsprechende Startgrube gewählt werden kann. Die Startgrube befindet sich im Bereich zwischen dem Bahnsteig 1 und dem Bahnhofsgebäude.

Im heutigen Gespräch wurden die weiteren Arbeitsschritte abgestimmt. Seitens der DB wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund der eben beschriebenen Tatsache und den weiteren Arbeitsschritten der DB eine schnellstmögliche Information bzw. Entscheidung der Stadt zu 2 Punkten erfolgen muss. Dies betrifft die Verlängerung des Tunnels und das Bahnhofsgebäude. In diesem Zusammenhang geht Herr Hermann nun auf die ausgereichte Unterlage ein. Er erwähnt, dass der von 3 Investoren übrig gebliebene als Hauptnutzung eine Spielhalle mit einer Fläche von 700 m² vorgesehen hat. Diese Nutzung des Bahnhofsgebäudes ist aber aufgrund der Art des vorhandenen Gebietes und der planungsrechtlich erforderlichen Einstufung aus Sicht der Verwaltung nicht möglich. Nach eigenen Aussagen des Investors ist eine nachhaltige und wirtschaftliche Vermarktung des Gesamtgebäudes nicht möglich. Er weist nun auf den am 28.04.2010 im Bau- und Vergabeausschuss gefassten Beschluss 098-2010 „Schnittstelle Bahnhof Wolfen – Vorentwurfsplanung“ hin; nach dem bei der weiteren Bearbeitung die Variante 3 b verfolgt werden muss. Die hier im Punkt 4 aufgeführte Option der Tunnelerweiterung nach Osten, d. h. deren Einplanung und bautechnische Vorbereitung, würde die Stadt unter Berücksichtigung der 80 %-igen Förderung noch 40 T€kosten. Herr Hermann fragt, ob an dieser Festlegung festgehalten werden soll. Dabei weist er darauf hin, dass die Gesamtinvestition 2 Mio. € betragen würde. Fraglich ist, ob ein Privater diese Kosten auf sich nimmt.

Herr Weber ergänzt, dass die Information der Verwaltung zu den o. g. 2 Punkten nicht schnellstmöglich erfolgen soll, sondern eine sofortige Entscheidung erwartet wird. Dies geschieht unter der Maßgabe, dass der künftige Planungsprozess und die Umsetzung nicht gefährdet wird. In den vergangenen Tagen gab es vermehrten Kontakt zum Investor; am 31.08.2010 hat Herr Weber noch eine Nachricht von ihm erhalten. Inhalt dieser ist, dass neben der geplanten Hauptnutzung als Spielhalle ein Dienstleistungszentrum entstehen soll. D. h. es sollen u. a. ein Schumacher, Schlüsseldienst, Café, Bistro, Reinigungsanlage, Waschcenter, Schneiderei, Fahrradreparatur, u. Ä. integriert werden. Dies muss aber in Abstimmung mit der Stadt noch konkretisiert werden, fügt er an.

Der **Ausschussvorsitzende** gibt den Inhalt des Beschlusses 098-2010 wieder. Hier heißt es im Punkt 4: „Eine Tunnelerweiterung nach Osten auf Kosten der Stadt wird abgelehnt.“

Ausschussmitglied Krillwitz erklärt, dass es sich beim Bahnhof um das „Eingangstor vom OT Wolfen“ handelt. Da es nun einen Investor gibt, sieht er die Notwendigkeit des Abrisses nicht gegeben. Es hat heute ein Gespräch mit dem Investor, der stellvertretenden Ortsbürgermeisterin, Frau Netzband, und weiteren Vertretern des Ortschaftsrates Wolfen stattgefunden. Hier wurde mehrheitlich das Votum abgegeben, die Variante mit diesem Investor weiterzuführen und damit den Bahnhof zu erhalten. Eine Abstimmung wurde jedoch nicht durchgeführt, da der Ortschaftsrat bisher keine näheren Informationen zum Sachstand erhalten hat. Er appelliert an die Ausschussmitglieder, diesem Votum zu folgen. Herr Krillwitz hinterfragt zudem, warum keine weiterführenden Maßnahmen eingeleitet wurden, wenn der Investor bereits im Jahr 2009 sein Interesse für das Gebäude bekundet hat.

Nach kurzer Diskussion verweist der **Ausschussvorsitzende** noch einmal auf den Beschluss 098-2010. In diesem heißt es, dass vom Investor ein nachhaltiges dauerhaftes Nachnutzungskonzept vorliegen muss. Danach hat die Verwaltung aufzuzeigen, ob das Konzept die genannten Voraussetzungen erfüllt. Daraufhin kann der Ausschuss dann eine entsprechende Entscheidung treffen.

Herr Weber geht kurz auf die ausgereichte Unterlage ein, näher auf das Ausweisen des Gebietes als Kerngebiet. Zu bedenken ist, wenn dies nicht möglich ist, dass die Stadt die Abrisskosten allein tragen müsste.

Herr Hermann ergänzt, dass die Verwaltung den Antrag auf Ausweisung als Kerngebiet bereits 2009 abgelehnt hat. Hierzu fand eine Abstimmung u. a. mit dem Landkreis sowie den Planungs- und Genehmigungsbehörden statt; von allen hat er die Information bekommen, dass dies nicht genehmigungsfähig ist. Fraglich ist hier, ob sich dieser Aufwand lohnt, wenn der Ausgang des Verfahrens unbestimmt ist.

Ausschussmitglied Krillwitz stellt den Antrag, dass sich der Bau- und Vergabeausschuss positioniert, ob die Verwaltung mit dem derzeitigen Investor weitere Gespräche für eine Nutzung führen soll.

Nach weiterer Diskussion hinterfragt **Herr Müller**, ab wann der Stadt ein Schaden entsteht.

Herr Hermann schließt nicht aus, dass 2011/2012 die Gespräche, die aufgrund des nicht vorgelegenen Finanzierungs- und wirtschaftlichen Konzeptes gescheitert sind, wieder aufgenommen werden und man möglicherweise noch einmal für den letzten Zeitraum des Gebäuderückbaus eine Förderung bekommt. Man weiß aber auch nicht, was die Bahn der Stadt ggf. in Rechnung stellt, weil sie ohne das Gebäude die gesamte Maßnahme hätten wirtschaftlicher betreiben können.

Auf Anfrage von **Herrn Dr. Sendner** teilt **Herr Hermann** mit, dass durch das damals nicht mehr vorliegende Interesse an der Nutzung des Gebäudes auch keine weiterführenden Maßnahmen mehr eingeleitet wurden.

Der **Ausschussvorsitzende** hält nach Aussage von **Herrn Hermann** fest, dass die 700 m²-Spielhalle Grundvoraussetzung für ein Nutzungskonzept ist und alle anderen nachgelagerten Nutzungen darauf basieren.

Ausschussmitglied Krillwitz hinterfragt, ob die 700 m²-Spielhalle ein Dogma ist.

Herr Weber verliest hierfür aus der E-Mail vom 31.08.2010. In dieser wird als Voraussetzung für den Umbau und die Sanierung des Gebäudes auf einen Ankermieter einer größeren Fläche verwiesen. Dieser Ankermieter kann nur die 700 m² Spielhalle sein.

Herr Dr. Sendner möchte wissen, warum es nicht möglich ist, den B-Plan zu ändern und hier ein Kerngebiet auszuweisen.

Frau Dönnicke antwortet, dass die Hauptnutzungen im Kerngebiet betrachtet werden müssen. Kerngebiete dienen vorwiegend der Unterbringung von Handelsbetrieben sowie von zentralen Einrichtungen der Wirtschaft, der Verwaltung und der Kultur. Es ist nicht möglich, ein Gebäude als Kerngebiet

	<p>auszuweisen. Die Vorprägung müsste im gesamten Gebiet vorherrschend sein, was hier jedoch nicht vorliegt.</p> <p>Ausschussmitglied Krillwitz grenzt seinen gestellten Antrag zeitlich auf den 06.09.2010 ein.</p> <p>Herr Hermann teilt mit, dass er am 02.09.2010 mit der DB in Kontakt tritt. Eine genaue Aussage über die Ermöglichung dieses zeitlichen Ablaufs kann er somit noch nicht treffen.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende fasst noch einmal den von Herrn Krillwitz gestellten Antrag zusammen. Der Bau- und Vergabeausschuss beauftragt die Verwaltung nochmalige Gespräche mit dem Investor zu führen, um bis zum 06.09.2010 feststellen zu können, ob ein nachhaltiges und langfristiges Nutzungs- und Finanzierungskonzept seitens des Investors vorliegt.</p> <p>Herr Weber informiert, auch wenn das Konzept des Investors bis zum 06.09.2010 vorliegt, es nicht verbindlich ist. Das Konzept erhält die Verwaltung unter der Voraussetzung, dass das Planungsrecht geschaffen wird, d. h. ein Kerngebiet ausgewiesen wird. Dies kann die Verwaltung jedoch bis dahin nicht schaffen.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende ist der Auffassung, wenn der Investor die Umsetzung dieses Vorhabens will, dann ist er wie bei vielen anderen Dingen auch in der Lage bestimmte Sachen zu finanzieren. Damit hat die Verwaltung eine Erklärung vorliegen und auch die Gewissheit, dass der Investor die Änderung des Planungsrechts finanziert.</p> <p>Herr Krillwitz äußert, dass der Ausschuss bis zum 06.09.2010 Gewissheit über das Vorhaben des Investors haben will.</p> <p>Die Anfrage vom Ausschussvorsitzenden, ob es planungsrechtlich möglich ist, hier ein Kerngebiet auszuweisen, verneint Frau Dönnicke.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende lässt nun über den von Herrn Krillwitz gestellten Antrag abstimmen.</p> <p>Ja: 7 Nein: 0 Enthaltungen: 0</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Bau- und Vergabeausschuss beauftragt die Verwaltung nochmalige Gespräche mit dem Investor zu führen, um bis zum 06.09.2010 feststellen zu können, ob ein nachhaltiges und langfristiges Nutzungs- und Finanzierungskonzept seitens des Investors vorliegt.</p>	
zu 7	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
	<p>Herr Krillwitz fragt nach dem Arbeitsstand zum ehemaligen „HOTEX“ in Bitterfeld. Herr Hermann hatte hierzu in der Sitzung am 28.07.2010 mitgeteilt, dass am 05.08.2010 ein Treffen mit dem Eigentümer stattfindet.</p> <p>Herr Hermann erläutert, dass die offenen Fragen zur Kostenanerkennung besprochen und die Sanierungsförderung bestätigt wurde. Die Förderzusage</p>	

beinhaltet derzeit aber nur das Planjahr 2009 und damit geringe Mittel für das Haushaltsjahr 2010. Der Investor ist informiert, dass noch keine Fortschreibung der Förderung vorliegt und er somit für weitergehende Maßnahmen in Vorfinanzierung gehen müsste.

Ausschussmitglied Krillwitz hinterfragt weiter den Stand zum ehemaligen Modehaus an der Ecke Thalheimer Straße/Leipziger Straße in Wolfen.

Hierzu sagt **Herr Weber**, dass ein potenzieller Investor vorgeschrieben hat, jedoch ohne Erfolg.

Zur Anfrage von **Herrn Krillwitz** bezüglich der Bauruine „Klinkig“ teilt **Herr Hermann** mit, dass hier ein Investor vorgeschrieben hat, dieser aber letztendlich das Grundstück für seine Zwecke für nicht geeignet erachtet.

Ausschussmitglied Mengel möchte wissen, wie der Stand zur Wiesenstraße ist. Zudem spricht er die Verkehrssituation an der B100 am neuen Penny-Markt an. Hier hat der Landkreis die Genehmigung erteilt, dass man den Markt aus beiden Richtungen herein- und herausfahren kann.

Herr Hermann sagt zum Thema „Wiesenstraße“, dass die Nebenbestimmung im Fördermittelbescheid, d. h. die Durchgängigkeit der Finanzierung zu gewährleisten, bestätigt werden muss, bevor mit der Umsetzung begonnen werden kann. Bei der Bestätigung des Nachtragshaushaltes ist diese Nebenbestimmung erfüllt, sodass wir in diesem Jahr mit der Umsetzung beginnen könnten.

Zur B100 teilt er mit, dass die Verwaltung mit dem Landesbetrieb Bau eine Vorplanung für die „Kreisellösung Friedensstraße“ in Auftrag gegeben hat. Diese wurde dem Ausschuss nicht vorgelegt, da es nach der Größenordnung dem Geschäft der laufenden Verwaltung zuzuordnen war. Die Stadt wird eine Förderung beantragen, da der Landesbetrieb Bau signalisiert hat, dass die Stadt der Verursacher ist und demnach die Maßnahme zu finanzieren hat; auch wenn es sich hier um eine Bundesstraße handelt.

Zudem wurden in Vorbereitung die Äquivalenzmittel für dieses Programmjahr in Zusammenhang mit einer erweiterten Maßnahme beantragt. Hierzu gibt es entsprechende Vorgespräche, dass im nordwestlichen Teil der Friedensstraße, wo sich jetzt eine Freifläche befindet, noch ein größerer Parkplatz errichtet werden soll. Ziel ist es, schon im Vorgriff auf eine mögliche Bebauung diese provisorischen Stellplätze wegnehmen zu können.

Ausschussmitglied Kosmehl spricht das Herantreten von Bürgern an ihn bezüglich der Thalheimer Straße an. Hier wurde eine neue Niederschlagsentwässerungsleitung vom AZV eingebaut. Allerdings haben sich bei einem Sturzregen die Gullydeckel gehoben und teilweise ist das Wasser in die Keller gelaufen.

Herr Guffler teilt mit, dass der AZV hierüber bereits informiert ist. Bei häufigerem Auftreten müsste man sich noch einmal verständigen, ansonsten sollten sich die Bürger erst einmal direkt an den AZV wenden.

Herr Krillwitz erklärt, dass die Abwasserleitung in der Thalheimer Straße noch die alte Leitung ist und nur der Regenwasserkanal erneuert wurde. Es ist unverständlich, wie es bei einer neu gemachten Straße bei normalem Sturzregen dazu kommen kann, dass das Wasser zurückdrückt. Herr Krillwitz äußert die Vermutung, dass das Klärwerk bei so einem Regen die Schleuse schließt und es

	<p>somit zurückdrückt.</p> <p>Herr Dr. Sendner hinterfragt, ob es ernsthafte Gespräche bezüglich der Bebauung des Geländes zwischen der Dessauer Allee und der Einkaufszeile gibt.</p> <p>Dies bejaht Herr Hermann.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende weist erneut auf die verwilderten Randbereiche der Ortsdurchfahrtsstraßen hin. Herr Arning informierte beim letzten Mal, dass hier die ausschreibungsseitige Zusammenführung der Rand- und Grünbereiche angedacht ist. Er fragt nun nach einer kurzfristigen Lösungsmöglichkeit.</p> <p>Herr Guffler erläutert, dass die Wildkrautbeseitigung ausgeschrieben und vergeben ist. Das Unkraut wurde nun abgeschlagen. Es wird aber auch nach weiteren Möglichkeiten gesucht.</p> <p>Herr Hermann ergänzt, dass die Überlegung besteht, die Wildkrautbeseitigung an die Grünflächenpflege zu koppeln und bestimmte Gebiete der Stadt an verschiedene Unternehmen zu vergeben.</p>	
zu 8	Schließung des öffentlichen Teils	
	Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:42 Uhr und legt eine Pause ein.	

gez.
Armin Schenk
Ausschussvorsitzender

gez.
Manuela Zimmermann
Protokollantin

Anlage